

## Brenntage werden „ein bisschen“ abgeschafft

**Die Politik schafft die Brenntage zum Jahresende ab. Jedenfalls „ein bisschen“, denn der Stadtrat beschloss, eine ganze Menge Ausnahmen zuzulassen. Erstellt werden soll eine Positivliste, in der alle erfasst sind, die Gartenabfälle verbrennen wollen und deren Grundstück groß genug ist.**

Obernkirchen. Zwar wird die Allgemeinverfügung, die das Brennen erlaubt, zum Jahresende aufgehoben, aber dafür gibt es die Möglichkeit, den pflanzlichen Abfall kostenlos beim Kompostierungsplatz abzuliefern: An allen Samstagen, die zwischen dem 1. Oktober und 15. November sowie dem 15. März und dem 30. April liegen. Die Regelung gilt schon in diesem Herbst. Die einzige Voraussetzung ist ein Obernkirchener Personalausweis. Außerdem besteht zunächst noch die Möglichkeit, in begründeten Einzelfällen für 15 Euro eine Einzelgenehmigung zum Verbrennen zu erhalten. In zwei Jahren soll die Neureglung, die vor allem Minimierungen der Belästigungen anstrebt, überprüft werden. Dirk Rodenbeck, Heinrich Struckmeier und Andreas Hofmann plädierten für die Beibehaltung der Brenntage. Rodenbeck verwies darauf, dass es zwischen dem Stadtbereich und den Ortsteilen „extrem unterschiedliche Interessen“ gebe, außerdem würden die Besitzer großer Grundstücke wie bei der Straßenreinigungssatzung vergessen, außerdem stelle sich die Frage, ob der Bauhof überhaupt darauf eingerichtet sei, „wenn wir alle da unseren Grünabfall hinbringen?“ Struckmeier sah sich als Teil der „aufnehmenden Hand“: Außer der AWS und dem Bauhof sei es sein Wald, in dem immer wieder Grünschnitt entsorgt werde. Das werde „wesentlich mehr“, wenn die Brenntage abgeschafft würden. Dass die Brenntage nicht kontrollierbar seien, wie es seitens der Verwaltung dargestellt wurde, wollte Struckmeier nicht gelten lassen: „Das kriegen wir nicht gehoben?“ Hofmann sah bei der Streichung die Verkehrten bestraft: alle, die sich an die Vorschriften hielten. Hier werde nicht die Ursache betrachtet, sondern nur deren Auswirkungen. Der Gelldorfer plädierte dafür, ab 11 Uhr brennen zu lassen. Außerdem solle die Verwaltung an den Brenntagen herumgehen und verwarnen. Erst im zweiten Schritt sollten Bußgelder verhängt werden. Es könne doch keine unterschiedlichen Regelungen für Kernstadt und Orte geben, argumentierte Wilhelm Mevert (SPD). Das Allgemeinwohl müsse im Vordergrund stehen, also: Brenntage streichen. Das, was die Verwaltung vorgelegt habe, sei „ein schöner Kompromiss“. Den Hinweis auf das Allgemeinwohl unterstrich auch Thomas Stübke (Grüne): „Das ist die richtige Quintessenz.“ Er empfahl die Kompostierung im Garten: Das koste nichts, mache wenig Mühe und man tue der Umwelt auch noch was Gutes. Die Gebührenfreiheit könne zwar nicht von Dauer sein, erleichtere aber den Übergang. Stärkere Kontrollen seien mit dem Personalbestand des Rathauses nicht machbar, meinte Stübke. Bernd Kirsch (WIR) verwies auf die Vorgeschichte: Man habe immer wieder neue Anläufe genommen, um die Brenntage zu regeln, „aber es funktioniert nicht“. Die Bürger der Innenstadt würden sich völlig zu Recht über den Rauch beklagen, also: streichen. Bürgermeister Oliver Schäfer sah es so: Für 15 Euro könne jeder einen Antrag stellen, dann wisse man auch: Hier brennt ein genehmigtes Feuer. Und wenn es am beantragten Tag regne und drei Tage später immer noch – dann müsse man doch keinen neuen Antrag stellen. 15 Euro für einen Antrag? Das schien Heinrich Struckmeier doch ein wenig überzogen zu sein. Betroffen sei er übrigens von einer Streichung der Brenntage nicht, erklärte der Röhrkastener: „Mein Brennplatz liegt in Ahnsen.“ Der Kompromiss wurde mehrheitlich angenommen: 11 Ja-Stimmen, fünf Mitglieder des Stadtrates votierten dagegen, einer enthielt sich der Stimme. rnk